



Wir wissen, wie der russische Präsident Wladimir Putin über die Ukraine denkt. In Reden und schriftlichen Manifesten hat Putin die Legitimität der ukrainischen Souveränität und sogar ihre eigenständige Identität infrage gestellt. Er betrachtet die Ukraine als Teil einer größeren russischen Nation und die ukrainische Geschichte als eine bloße Fußnote des russischen Erbes. Ukrainische Kultur ist in seinen Augen eine künstliche Konstruktion, die hauptsächlich durch bolschewistische Sozialpolitik entstanden ist. Die territoriale Integrität der Ukraine bedeutet für Putins Russland nichts, das seit 2014 ukrainisches Gebiet besetzt hält. Die demokratischen Bestrebungen des ukrainischen Volkes sind für ihn ein noch größeres Ärgernis – er stellt sie als das Werk von „Nazis“ und ausländischen Akteuren dar.

Zum Ärger europäischer Partner hat US-Präsident Donald Trump gelegentlich Putins Argumente über die Ukraine aufgegriffen. Er hat die NATO beschuldigt, Russland zur Invasion provoziert zu haben, und Kiew vorgeworfen, keinen Frieden zu wollen. Nachdem Russland vergangene Woche erneut Raketenangriffe auf ukrainische Städte verübte und Zivilisten tötete, schien Trump Putin in Schutz zu nehmen. „Ich denke tatsächlich, dass [Putin] das tut, was jeder andere auch tun würde“, sagte Trump am Freitagnachmittag vor Reportern im Weißen Haus und deutete an, dass Moskau seine vermeintlichen Vorteile ausnutze. „Er will, dass es zu Ende geht.“ Russland, wiederholte er, „hält alle Karten in der Hand“.

## Bruch in den US-kanadischen Beziehungen

Wenn Trump als Unruhestifter in der westlichen Diplomatie auftritt, dann sorgt er auch näher an der Heimat für Unruhe. Der scheinbare Bruch, den Trump in den US-kanadischen Beziehungen herbeiführt, lässt sich nicht allein durch seinen wirtschaftspolitischen Protektionismus und seinen Glauben an Zölle als effektives Druckmittel erklären. Trump verfolgt eine ähnliche Agenda gegenüber Mexiko, aber nur gegenüber Kanada hat er offen infrage gestellt, ob das Land unabhängig und souverän bleiben müsse. Kanadische Regierungsvertreter, darunter Premierminister Justin Trudeau, sind überzeugt, dass Trump es ernst meint, wenn er davon spricht, Kanada zum 51. Bundesstaat zu machen – und dass er das Zerstören der kanadischen Wirtschaft als einen möglichen Weg zur zukünftigen US-Annexion sieht.

Laut der *New York Times* äußerte Trump bei Telefonaten mit Trudeau Anfang letzten Monats nicht nur seine bekannten Klagen über Handelsungleichgewichte. Er erklärte dem kanadischen Premierminister, „dass er nicht glaube, dass der Vertrag, der die Grenze zwischen beiden Ländern festlegt, gültig sei und dass er die Grenze neu verhandeln wolle“. Die *New York Times* fügte hinzu, dass Trump „keine weiteren Erklärungen“ für diese Forderung gab.



Trump wird keine „kleinen grünen Männchen“ über die kanadische Grenze schicken wie Putin in der Ukraine. Es gibt kein Säbelrasseln oder Truppenbewegungen, doch das Weiße Haus wird mit mehreren möglichen feindlichen Schritten in Verbindung gebracht. Dazu gehören der Ausschluss Kanadas aus dem langjährigen „Five Eyes“-Geheimdienstnetzwerk, die Aufkündigung bestehender Abkommen zur Verwaltung der Großen Seen und weitreichende Revisionen der militärischen Zusammenarbeit in Nordamerika.

## Politische Konsequenzen in Kanada

Im Gegensatz zur Ukraine gibt es in Kanada keine nennenswerte Bevölkerungsgruppe, die sich eine Annexion durch den größeren Nachbarn wünscht – im Gegenteil. Trumps Drohungen haben die politisch angeschlagenen Liberalen unter Trudeau erheblich gestärkt. „Statt einer Wahl, die sich um innenpolitische Themen dreht, wird die kanadische Parlamentswahl nun eine Abstimmung darüber, wer am besten mit der wirtschaftlichen und politischen Bedrohung durch Donald Trump umgehen kann“, sagte Lisa Young, Politikwissenschaftlerin an der University of Calgary, gegenüber der *Washington Post*.

Trump hat das Fundament der engsten Beziehung der Vereinigten Staaten erschüttert und Kanada in eine existenzielle Debatte gezwungen. „Menschen, die sich seit Langem mit kanadischer Politik beschäftigen, können sich nicht an eine derart schnelle und bedeutende Verschiebung der Wählerpräferenzen erinnern, wie sie derzeit in Umfragen sichtbar wird“, sagte Young.

„Wir haben die Amerikaner als unsere Freunde und Partner betrachtet“, sagte Kanadas Minister für natürliche Ressourcen, Jonathan Wilkinson, letzte Woche. „Ich glaube nicht, dass wir dorthin zurückkehren werden, selbst wenn die Zölle entfernt werden.“

## Die historische Dimension der US-Kanada-Beziehung

Der Historiker Daniel Woolf von der Queen's University in Kingston, Ontario, warnte in der kanadischen Zeitung *The Globe and Mail* vor dem „falschen Sicherheitsgefühl“, das Europäer und Kanadier über Jahrzehnte durch die Pax Americana des 20. Jahrhunderts empfunden hätten. „Unsere unmilitarisierte Grenze ist eine willkürliche Linie, die durch Verträge festgelegt wurde – Verträge, die ihrerseits das Ergebnis früherer Konflikte und Verhandlungen waren“, schrieb er.

„Keine Nation auf der Welt hat exakt die gleichen Grenzen wie vor zwei Jahrhunderten“, fügte Woolf hinzu. „Unsere eigenen Territorien wurden erst 1949 endgültig festgelegt, und unser



nun nicht mehr freundlicher Nachbar hat seine Staatsgrenzen erst ein Jahrzehnt später vollständig etabliert. Nur weil die USA mit 50 Bundesstaaten eine runde Zahl haben, bedeutet das nicht, dass nicht noch weitere hinzukommen könnten.“

Trump ist nicht der erste US-Präsident, der Ansprüche auf Kanada erhoben hat. Der Krieg von 1812 – der in den USA für die heldenhafte Verteidigung des Hafens von Baltimore und die Demütigung durch die britische Plünderung Washingtons bekannt ist – wurde in erster Linie durch US-amerikanische Expansionsbestrebungen in britische Gebiete Nordamerikas provoziert. Einige der frühesten nationalen Mythen Kanadas entstanden aus dem Widerstand britischer Truppen und ihrer indigenen Verbündeten gegen die eher unkoordinierten Invasionen der USA in die heutigen Provinzen Ontario und Québec.

Das Zollgesetz von 1890, das mit dem späteren republikanischen Präsidenten William McKinley in Verbindung steht, wurde teilweise als Druckmittel konzipiert, um Kanada wirtschaftlich in die USA zu zwingen. Der damalige US-Außenminister James Blaine wollte den Wettbewerb mit der britischen Kolonie um Holz und Fisch eliminieren und sah in den neuen Maßnahmen einen Weg, um „eine größere und edlere brüderliche Liebe“ zu fördern, die schließlich zur Vereinigung von USA und Kanada in „einer perfekten Union“ führen sollte.

## Die Parallelen zu Trumps Handelspolitik

Trump verehrt McKinley und sieht dessen Ära hoher US-Zölle als eine „goldene Zeit“ der wirtschaftlichen Stärke. Nach seiner Amtseinführung unterzeichnete er eine Executive Order, in der McKinley als Präsident gefeiert wurde, der „unser Land heroisch zum Sieg im Spanisch-Amerikanischen Krieg führte“ – ein Konflikt, der die globale Machtstellung der USA erheblich ausweitete.

Ironischerweise hatten die von Trump heute gelobten Zölle, ebenso wie die von McKinley geförderten Handelsbarrieren, nicht die gewünschte Wirkung. Sie führten zu höheren Preisen für US-Verbraucher und bescherten den Republikanern bei den Zwischenwahlen von 1892 eine krachende Niederlage. Gleichzeitig stärkten sie Kanadas nationale Identität und orientierten das Land wirtschaftlich enger an Großbritannien.

„Es ging für die USA völlig nach hinten los“, sagte der kanadische Historiker Craig Baird am Wochenende dem CBC. „Nicht nur stiegen die Preise in den USA, sondern Kanada rückte enger zusammen und wurde nationalistischer. Unser Handel mit Großbritannien explodierte von 1890 bis 1892 – wir distanzierten uns von den USA und fühlten uns zunehmend als Teil des britischen Empire.“



Sieht Trump Kanada so, wie Putin die Ukraine sieht?

Autor: P. Tiko